

fahren werden sollte; denn mit gleich gutem Rechte ließe sich ein drei-, fünf-, zehn- oder mehrjähriger Abschnitt annehmen. Sollten aber Fälle vorkommen, wie kaum zu bezweifeln stehe, daß der Staatsfiscus hier und da früher verliehene Jagdgerichte auf fremdem Grund und Boden von Privaten erkaufte habe, um vielleicht ein Jagdrevier zu schließen oder besser zu arrondiren, so würde die Verbindlichkeit zur Rückerstattung derartiger Kaufgelder oder der sonst dafür gewährten Entschädigungsobjecte, insofern man jene dem Staatsfiscus auferlegen zu können meine, umgekehrt auch die in derselben Lage befindlichen Privatgrundstücksbesitzer treffen."

Für die Berücksichtigung der gedachten Petitionen, also gegen die eben referirten Ansichten, werden von denen, welche die Aufhebung von §. 37 der deutschen Grundrechte für nothwendig halten, folgende Gründe aufgestellt:

a) Rechtsgründe.

"Die von den Gegnern angeführten Rechtsätze seien zwar richtig; allein die vollständige Anwendbarkeit auf die in Frage befindlichen Fälle müsse verneint werden. Denn wenn auch, wie acceptirt werde, der frühere Besitzer eines Jagdrechts „Eigenthümer“ (dominus) genannt werden müsse, welcher den „Zufall“ (casus) zu tragen hat, so könne doch die Entziehung der Jagd durch Publication der Grundrechte höchstens insofern als ein casueller Schaden bezeichnet werden, als die Frage entstehe:

ob ein Privatmann, welcher die ihm irgendwo zugestandene Jagdgerechtigkeit an einen Andern verkauft hatte, von dem Käufer, dem die erkaufte Gerechtigkeit durch die Grundrechte entzogen worden sind, auf Schadloshaltung belangt werden könne?

Diese Frage werde freilich verneint werden müssen, da in Absicht auf die Personen, die mit einander in vertragmäßigen Verhältnissen stehen, auch die Handlung eines Dritten, wodurch ohne Schuld der Contrahenten die Erfüllung der Verbindlichkeit unmöglich wird, als ein zufälliger Schaden zu bezeichnen sei, z. B. die gewaltsame Wegnahme der zu übergebenden Sache, ein Gesetz oder Befehl der Obrigkeit, wodurch die Leistung des Versprochenen verboten wird,

Curtius, Handbuch des in Sachsen geltenden Civilrechts §. 1154.

auch der Regreß in Fällen nicht stattfindet, wo die Eviction herbeigeführt ward in Folge von Vorgängen, die später eingetreten sind, als das Geschäft, in Folge dessen der Auctor verbunden ist, Gewähr hinsichtlich des evincirten Objectes zu leisten.

L. 11 pr. D. de evict. (21, 2.)

Allein dies leide dem Staate gegenüber im vorliegenden Falle keine Anwendung. Der Staat könne seine eignen Anordnungen nicht mit „Zufall“ bezeichnen. Schon nach römischem Rechte werde casus als ein Act bezeichnet, dem menschliche Machtlosigkeit nicht widerstehen kann („cui humana infirmitas resistere non potest, veluti incendium, ruina, naufragium“),

L. 1. §. 4 de O. et A. (44, 7.)

und im gemeindeutschen und sächsischen Rechte werde im Allgemeinen jede unerwartete oder unabwendbare Begebenheit, besonders Naturereignisse, als Zufall bezeichnet.

Thibaut, System des Pandectenrechts §. 476.
Curtius a. a. D.

Als eine solche Begebenheit könne aber die Publication der deutschen Grundrechte um so weniger betrachtet werden, als solche nicht in ganz Deutschland zur Anwendung gekommen und namentlich in Sachsen als „Landesgesetz“ freiwillig publicirt worden seien. Es sei somit der Staat als Urheber des den Eigenthümern der Jagdrechte zugefügten Schadens anzusehen."

"Nun könne zwar nach bekannten Rechtsgrundsätzen der Staat vermöge der ihm zustehenden höchsten Staatsgewalt (jus eminens civilis, — dominium eminens) Privateigenthum auch ohne Einwilligung des Eigenthümers antasten; allein es könne dies bloß dann geschehen, wenn dies entweder von der Noth oder sonst aus allgemeinen, das Wohl des Staates bedingenden Rücksichten geboten wird. Ob ein solcher Fall vorläge, müsse bezweifelt werden, da ein einiges Deutschland nicht zu Stande gekommen sei, auch in mehreren andern Staaten die Grundrechte nicht eingeführt worden und selbst von dem Märzministerium nur mit gewissen Vorbehalten haben publicirt werden sollen, und da auch die aufgehobenen Jagdrechte nicht einmal zu unmittelbaren Staatszwecken verwendet worden, vielmehr nur einer einzelnen Classe der Staatsbürger, nämlich denjenigen Grundstücksbesitzern, welche Jagdrechte vorher nicht hatten, zu Gute gegangen wären."

"Wolle man aber auch selbst hierin nicht allzu streng urtheilen, sondern mehr hiervon absehen, und dagegen annehmen, daß aus landwirthschaftlichen Gründen die Jagd dem Eigenthümer des Grundstücks zustehen müsse, so könne doch nicht zugegeben werden, daß eine unentgeltliche Ueberlassung der Privatrechte zu Gunsten einzelner Staatsbürger gefordert werden könne. Vielmehr trete, je mehr das gedachte Befugniß die gewöhnlichen Grenzen der Staatsgewalt in Beziehung auf Privateigenthum überschreite, desto gewisser mit der Ausübung dieses Befugnisses der Staat in die Reihe anderer Rechtssubjecte, welche durch freie Handlungen eine Beschädigung oder Entziehung des Privateigenthums bewirkt haben, und übernehme stillschweigend die Verpflichtung, für den Verlust Entschädigung zu gewähren."

Vergleiche Erkenntniß des königl. Oberappellationsgerichts zu Dresden in Sachen des Procurators des königl. sächsischen Staatsfiscus — die Stadtcommun zu Dresden, den Bau der im Jahre 1813 durch die Franzosen zerstörten Elbbrücke betreffend, mitgetheilt in dem Wochenblatte für merkwürdige Rechtsfälle, Jahrgang 4, Seite 75.

"Sei aber ein Casus im vorliegenden Falle nicht anzunehmen, habe vielmehr der Staat die Einführung der Grundrechte ganz in seinen Händen gehabt, so greife auch der Grundsatz, daß der casuelle Schaden den Eigenthümer treffe, nicht Platz, und könne eben so wenig von einem in Folge eines Actes der höchsten Staatsgewalt eingetretenen Unglücksfälle (casus) die Rede sein."

"Werde aber hiergegen eingehalten, daß der Staat als Fiscus für ein besonderes Privatrechtssubject zu halten sei und mithin als Fiscus eine ganz andere juristische Person sustinire, wie er als gesetzgebende Gewalt darstellt, daß folglich auch der Fiscus als Verkäufer der in Rede stehenden Jagdrechte ein Gesetz, welches der Staat als oberste Gewalt giebt, sehr wohl als einen casus im rechtlichen Sinne ansehen könne, so sei zu entgegnen, daß man wohl einzelne Thätigkeiten des Staats theoretisch unterscheide, und einige Rechts-